

Ein Dossier der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Starke kommunale Partner

Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren

**ENGAGEMENT  
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

**SERVICESTELLE**  
**KOMMUNEN IN DER EINEN WELT**

Mit Mitteln des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



Teilnehmende am Projekt  
„Kommunaler Verwaltungsaustausch  
Rheinland-Pfalz – Ruanda“ begrüßen sich  
herzlich. Die Ruanderinnen und Ruander  
sind im April 2018 zum ersten Mal zu  
Gast bei ihren Partnern in Mayen.

Foto: Martin Magunia

Editorial



Dr. Jens Kreuter ist Geschäftsführer von Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen.

Liebe Leserinnen und Leser,

viele der Herausforderungen unserer Zeit – sei es im Klima- und Umweltschutz, im gesellschaftlichen Umgang mit Migrationsbewegungen oder bei der Verringerung von ungerechten Ungleichheiten – erfordern Engagement auf der lokalen Ebene. Dabei soll das Erstarren der kommunalen Ebene nicht nur als Rückbesinnung auf Bewährtes verstanden werden, sondern vielmehr auch als Versuch, lokale Lebenswelten in Zeiten der Globalisierung zu gestalten.

Welche Einfluss- und welche Handlungsspielräume Kommunalakteure haben, wird zum Beispiel am Engagement US-amerikanischer Städte und Bezirke für den Klimaschutz deutlich. Rund 300 von ihnen haben sich der Initiative „We are still in!“ angeschlossen und sich damit trotz des Ausstiegs der Nationalregierung zum Pariser Klimaabkommen bekannt – und weltweite Aufmerksamkeit erzeugt.

In diesem Dossier werden Sie einige Beispiele engagierter Kommunen aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden finden, die sich in Partnerschaftlichkeit auf den Weg zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung gemacht haben. Sie sind davon überzeugt, dass ihre Zukunft unmittelbar mit der Zukunft anderer Menschen, die teilweise tausende Kilometer entfernt leben, zusammenhängt. Dabei haben die Kommunalakteure neue Lebenserfahrungen gesammelt und sind gemeinsam an den Herausforderungen in der Partnerschaftsarbeit gewachsen.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global unterstützt auch Ihr kommunales Engagement. Kommen Sie auf uns zu. Wir beraten Sie gerne!

Mit besten Grüßen

Ihr  
Dr. Jens Kreuter

Inhalt

**3 Kommunale Partnerschaften in Zeiten der Agenda 2030**

Lokale Beiträge für die Transformation unserer Welt  
Stefan Wilhelmy, Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach

**6 Bijeljinas und Langenhagens Gärten**

Ein Sozialprojekt leistet einen Beitrag zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung  
Ankica Todorović

**8 Klimaschutz kommunal gestalten**

Gelebte Zusammenarbeit: der Rhein-Pfalz-Kreis und La Fortuna in Costa Rica  
Elke Bröckel

**10 Gemeinsam neue Wege gehen**

Aalen und Vilankulo starten ihre Zusammenarbeit  
Michaela Blank

**11 „Hier soll niemand weggehen, der die Nachhaltigkeitsziele nicht kennt“**

Interview mit Klaus Weisbrod, Direktor der Hochschule für öffentliche Verwaltung (HöV) in Mayen

**13 Fragen an Carolin Waldhauser, Mayen**

**14 Globale Agenden lokal umsetzen**

Partnerschaftsarbeit von deutschen und afrikanischen Kommunen zu den Agenden 2030 und 2063  
Teresa Fellinger und Amal Nasr

**16 „Leitbild Mannheim 2030“**

Neue Leitlinien für kommunales Handeln  
Christine Rohrer

**17 Von Stadtplanung bis Konsumverhalten**

Lokale Verwirklichung der Agenda 2030 in Freiburg und seinen Partnerstädten  
Christine Rohrer

**18 Flächenrecycling**

Stuttgart und Bogotá wollen gemeinsam ein Industrieareal bewohnbar machen  
Hermann J. Kirchholtes

**19 „Wichtige Ermutigung für unsere Städte“**

Tran Van Nhan und Katrin Anders über die Partnerschaft zwischen ihrer vietnamesischen und deutschen Kommune

**22 Engagement möglich machen**

Fachliche und finanzielle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik



Ergebniskonferenz der Nachhaltigkeitspartnerschaften in Belgrad, November 2018. In zwölf kommunalen Nachhaltigkeitspartnerschaften wird an der Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele gearbeitet. Dafür haben sich deutsche und osteuropäische Kommunen zusammengetan.

# Kommunale Partnerschaften in Zeiten der Agenda 2030

Lokale Beiträge für die Transformation unserer Welt

| Stefan Wilhelmy, Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach

Kommunale Partnerschaften haben eine lange Tradition und sind gleichzeitig so aktuell und zukunftsweisend wie selten zuvor. Denn mit der im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030, bei der Partnerschaft ein wichtiges Prinzip ist, hat sich die Weltgemeinschaft ambitionierte Ziele für eine global nachhaltige Entwicklung gesetzt. Die Vision: nicht weniger als eine Transformation unserer Welt. Und zwei Drittel der Ziele lassen sich nur auf und mit der kommunalen Ebene umsetzen.

Die Botschaft der Agenda 2030 wird über 17 Nachhaltigkeitsziele und zahlreiche Unterziele transportiert. Angestrebt wird gemäß Ziel 17 eine „Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung [...], die auf einem Geist verstärkter globaler Solidarität gründet, insbesondere auf die Bedürfnisse der Ärmsten und Schwächsten ausgerichtet ist und an der sich alle Länder, alle Interessenträger und alle Menschen beteiligen“. Die Agenda 2030 verbindet somit Nachhaltigkeits- mit Entwicklungspolitik und legt dabei das Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zugrunde.

Gerade auf kommunaler Ebene sind diese Bereiche bereits eng miteinander verbunden. Bei kommunalem Handeln wird die globale Dimension von Nachhaltigkeit in vielen Fäl-

len schon berücksichtigt, zum Beispiel beim Engagement für den Klimaschutz oder auch bei der nachhaltigen Beschaffung. Kommunale Partnerschaften bieten Möglichkeiten, die globalen Auswirkungen des eigenen Handelns zu verdeutlichen und in einem kollegialen Fachaustausch lokale Lösungsansätze zu teilen.

Im Bericht „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann-Stiftung von 2018 wird der Aspekt der globalen Verantwortung in den Blick genommen. In einer darin dargestellten repräsentativen Erhebung wurden Bürgerinnen und Bürger nach dem Beitrag ihrer Stadt oder Gemeinde zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit befragt. Dabei sprachen sich 75 Prozent der Befragten für den Kauf von fair gehandelten Produkten und 72 Prozent für die Umsetzung von Projekten mit Partnerkommunen in ärmeren Län-

## Kommunale Partnerschaften: eine dynamische Entwicklung

Die ersten Städtepartnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und im Globalen Süden entstanden in den 1960er Jahren. Das waren zum Beispiel Köln und Tunis in Tunesien 1964 und Würzburg und Mwanza in Tansania (1966). In den 1980er Jahren gab es einen ersten deutlichen Anstieg, unter anderem durch die Solidaritätsbewegungen mit Nicaragua und Südafrika. Auch die 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete Lokale Agenda 21 stellte einen wichtigen Impuls dar.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Bewegung noch einmal stark an Dynamik gewonnen. Immer mehr Kommunen beschäftigen sich mit entwicklungspolitischen Fragen und verändern ihr Handeln, zum Beispiel durch faire Beschaffung. Oder sie gehen neue Partnerschaften mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden ein. Die Unterstützung und Anerkennung hierfür hat zugenommen, sowohl auf internationaler Ebene wie der UN und der EU als auch durch die Bundesregierung und die Bundesländer.

Seit 2013 gibt es im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen eigenen Haushaltstitel für kommunale Entwicklungspolitik. Die Mittel dafür sind seitdem jedes Jahr gewachsen. So konnten die Angebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) für engagierte Städte und Gemeinden stark erweitert werden. Als Folge dieser Entwicklungen ist die Zahl kommunaler Partnerschaften deutlich größer geworden – und sie steigt stetig weiter. Waren im Jahr 2013 noch 152 Partnerschaften in Projekten der SKEW aktiv, so sind es mittlerweile schon über 320. Dabei wagen auch zunehmend kleine und mittelgroße deutsche Kommunen den Schritt in die Welt und gehen neue Partnerschaften ein.

den aus. Knapp die Hälfte der ebenfalls befragten Kommunalakteure gab an, dass sich ihre jeweilige Kommune bereits in der kommunalen Entwicklungspolitik engagiert. Fairer Handel und Partnerschaftsarbeit wurden dabei am häufigsten als Handlungsfelder genannt.



Foto: Martin Magunia

Ob formalisierte Städtepartnerschaft, zeitlich begrenzte Projektpartnerschaft oder fokussierte Themenpartnerschaft – wichtig ist eine gemeinsame Zielsetzung. Die Agenda 2030 eignet sich hervorragend als Wegweiser für die Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten. Sie bietet eine neue Grundlage für den kommunalen Fachaustausch: Zwar haben kommunale Partnerschaften zuvor bereits zu den Millennium Development Goals (MDGs) gearbeitet. Dabei ging es in deutschen Kommunen aber vor allem um die Unterstützung ihrer Partner im Globalen Süden. Nun sind sie selbst gefragt, in ihrer eigenen Kommune einen Beitrag dazu zu leisten, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Das bildet eine andere Grundlage und einen anderen Rahmen für die Zusammenarbeit. Die Agenda 2030 kann der Anlass sein, neue internationale Kontakte zu etablieren, oder auch der Rahmen dafür, bestehende Partnerschaften entlang den Zielen der SDGs neu auszurichten. Die SDGs können Impulse für neue Themen der Zusammenarbeit geben.

Gute Beispiele bestehender Partnerschaften – einige davon dokumentiert dieses Heft – zeigen Wege zu einer erfolgreichen Partnerschaftsarbeit auf, aus denen sich einige Grundprinzipien ableiten lassen.

### | Partnerschaften erfolgreich gestalten

Eine kommunale Partnerschaft lebendig und erfolgreich zu gestalten, ist herausfordernd – besonders mit einer Stadt oder Gemeinde an-

derer Kultur und Sprache über Tausende von Kilometern entfernt. Damit dies gelingt, ist vor allem das viel zitierte Prinzip einer Partnerschaft auf Augenhöhe von großer Bedeutung. Was heißt das in der Praxis? Zunächst geht es hier um eine beiderseitige neugierige und offene Grundhaltung mit dem Wunsch, voneinander zu lernen. Auch wenn deutsche Kommunen technologisch gesehen auf Gebieten wie der Abfallwirtschaft oder der Wasserversorgung oft größere Erfahrung haben als ihre Partnerkommunen aus dem Globalen Süden, gibt es immer auch Arbeitsfelder, in denen sie von Erfahrungen der Partner profitieren können. Beispielhaft seien die Öffentlichkeitsarbeit unter Nutzung sozialer Medien und Verfahren der Bürgerbeteiligung genannt. So ist das Modell der Bürgerhaushalte vor dreißig Jahren in Porto Alegre in Brasilien entwickelt worden. Heute ist die Beteiligung der Bevölkerung an der Haushaltsplanung von Kommunen in vielen Ländern fest verankert. Auch auf dem Gebiet der Digitalisierung sind die Partner manchmal den deutschen Kommunen voraus, zum Beispiel wenn in Ruanda Vorgänge wie die Beantragung einer Geburts- oder Heiratsurkunde komplett per Handy erledigt werden können – bei einer Bearbeitungszeit von einem Tag. Und während Deutschland zwar im Bereich der Abfallbehandlung ein hohes technisches Niveau, zugleich aber auch eine Spitzenposition bei der erzeugten Müllmenge hat, sind Länder wie



Foto: Martin Magunia

Ruanda etwa beim Verbot von Plastiktüten weiter als wir hier.

Gerade zu Beginn einer kommunalen Partnerschaft ist es wichtig, die beidseitigen Erwartungen offen anzusprechen und sich auf eine gemeinsame Zielrichtung zu einigen. Gegenseitiger Respekt und Akzeptanz der Verschiedenheit stellen hier zentrale Grundsätze dar. Davon ausgehend sollten sich beide Partner für die Planung konkreter Projekte und die Erreichung ihrer Ziele verantwortlich fühlen. Gemeinsam vor Ort Vorhaben durchzuführen mit – häufig schon kurzfristig – sichtbaren Ergebnissen, wie beispielsweise bei der Installation von Pilot-Photovoltaikanlagen oder kleinen, dezentralen Biogasanlagen, motiviert alle Beteiligten. Es sichert die Unterstützung in der Bevölkerung für die Partnerschaft. Nichtsdestotrotz darf die Bedeutung einer mittelfristigen Planung, aufbauend auf einem intensiven fachlichen Austausch zwischen den Partnern, nicht unterschätzt werden. Sie ermöglicht es, Projekte zu priorisieren, in einen größeren Kontext einzuordnen und damit breitere und langfristige Wirkungen zu erreichen.

Neben den Inhalten der Zusammenarbeit stellt eine funktionierende Kommunikation ein zentrales Erfolgskriterium für kommunale Partnerschaften dar, gerade angesichts der großen räumlichen Distanz. Dabei geht es einerseits um Vereinbarungen zu Strukturen wie feste Ansprechpersonen, regelmäßige Termine und bevorzugte Kommunikationska-

näle, andererseits um das gegenseitige Verständnis im interkulturellen Kontext. Sowohl der Rhythmus und die Medien der Kommunikation als auch die Art und Weise, wie Interessen und Meinungen ausgedrückt werden, können in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sein. Auch hier sind Offenheit und Lernbereitschaft gefragt.

### | Eine breite Basis schaffen

Um eine Partnerschaft lebendig und dauerhaft zu gestalten und ein breites Spektrum an Themenfeldern in den Austausch einzubeziehen, müssen daran viele Akteure mitwirken. Das beginnt bei der Einbeziehung verschiedener Ämter innerhalb der Kommunen und der Kommunalpolitik. Auch Schulen, Universitäten, Unternehmen und Vereine können wichtige Beiträge dazu leisten. In bestimmten Themenfeldern wie (Ab-)Wasser, Abfall und Mobilität spielen auch kommunale Unternehmen eine zentrale Rolle. Partnerschaftsvereine übernehmen in vielen Fällen einen wesentlichen Teil der konkreten Aufgaben innerhalb von Partnerschaften, sind Garant für ihre dauerhafte Fortführung und bringen große regionale und auch fachliche Expertise ein. Zugewanderte aus dem Partnerland oder sogar der Partnerkommune können wichtige Vermittlerinnen und Vermittler sein sowie wertvolles Fachwissen aus dem Kontext ihrer Herkunftsländer zur Verfügung stellen.

Links: Exkursion nach Freiamt: Teilnehmende der dritten deutsch-ukrainischen Partnerschaftskonferenz im Oktober 2018 besuchen die Plusenergiegemeinde in der Nähe von Freiburg.

Rechts: Austausch im Rahmen der Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik“ in Nürnberg, Oktober 2018.

Um die lokale Wahrnehmung und Verankerung der kommunalen Partnerschaft zu fördern und neue Akteure anzusprechen, sind öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sowie eine insgesamt gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Anlässe hierfür bieten beispielsweise Besuche der Partner. Insgesamt gilt der Grundsatz: Je breiter die Partnerschaft in der lokalen Gesellschaft bekannt und verankert ist, umso dynamischer und stabiler ist sie. So können auch turbulente politische Zeiten auf der einen oder anderen Seite überstanden werden.

Bei allen technischen Möglichkeiten des Austausches sind aber persönliche Begegnungen in kommunalen Partnerschaften unerlässlich – angefangen von der Ebene der (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die Verwaltungsmitarbeitenden und Vereinsmitglieder bis hin zu Schülerinnen und Schülern. Sie stellen immer Höhepunkte im Leben der Partnerschaften dar und sind ihre schönste Seite.

So geht es stetig voran, Schritt für Schritt. Bis 2030 und darüber hinaus. | |



**Dr. Stefan Wilhelmy** ist Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



**Jessica Baier** ist Abteilungsleiterin „Themenpartnerschaften und Agenda 2030 kommunal“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



**Kurt-Michael Baudach** ist Abteilungsleiter „Kommunalpartnerschaften Länder und Regionen“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

# Bijeljinas und Langenhagens Gärten

Ein Sozialprojekt leistet einen Beitrag zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung



Foto: Engagement Global

Vertreterinnen und Vertreter der Partnerstädte Langenhagen und Bijeljina besuchen im März 2019 den „Integrationsgarten“ in Langenhagen und erwecken eine Kräuterspirale aus dem Winterschlaf.

Eine von der Stadt gepachtete Wiesenfläche verwandelte sich Anfang 2017 in rund 1000 Quadratmeter Gartenland. Viele Engagierte packten kräftig an. Sie bohrten einen Brunnen, legten Beete an und stellten Zäune auf. Danach wurde das Projekt von der Stadt an den Verein „Bürger für Kaltenweide“ übergeben, dessen Mitglieder in der Unterstützung von Geflüchteten sehr aktiv sind. Organisation, Finanzabwicklung und Imagepflege obliegen seither dem Verein.

Rund 30 Menschen unterschiedlicher Nationen, darunter auch viele Geflüchtete und Menschen in wirtschaftlichen Notlagen, haben sich bisher an der Gestaltung des Gartens beteiligt. Nach der Winterpause wurde die Gartenarbeit mit Geflüchteten zum 1. Mai wieder aufgenommen. Dabei lernen die Beteiligten voneinander und das gemeinsame Werkeln unterstützt auch den Erwerb von Deutschkenntnissen. Zudem fördert die Gartenarbeit eine gesunde Ernährung, denn alle Gärtnerinnen und Gärtner können das selbst kultivierte Gemüse und die frischen Früchte mit nach Hause nehmen.

## | Nachhaltigkeitsziele als Leitplanken städtischer Entwicklung

Über die Gartenprojekte gelang es, das Interesse an der Agenda 2030 und ihren Zielen in beiden Kommunen zu stärken. Denn die aus den Projekten ableitbaren Nachhaltigkeitsziele 4 „Hochwertige Bildung“, 10 „Weniger Ungleichheiten“, 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ und 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ wurden über Veranstaltungen und Medienberichte ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Auch nach dem Ende der Pilotphase des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ im Dezember 2018 wollen die Städte Bijeljina und Langenhagen in verschiedenen Bereichen weiter kooperieren. In Bijeljina ist man sich sicher: Alle Aktivitäten innerhalb der Partnerschaft, die wie

## | Ankica Todorović

Vertreterinnen und Vertreter der Städte Langenhagen in Deutschland und Bijeljina in Bosnien und Herzegowina tauschen sich seit zwölf Jahren in den Bereichen Kultur und Bildung aus. Nun wollen sie zusammen die Agenda 2030 in ihren Kommunen bekannter machen. In einem ersten Pilotprojekt wurde gegärtnert.

Nach Unterzeichnung einer Absichtserklärung haben die beiden Projektteams in Langenhagen und Bijeljina gemeinsam ein Konzept, eine Partnerschaftsstrategie und schließlich einen Aktionsplan erarbeitet. Darin wurden die vereinbarten Vorhaben in der deutschen und südosteuropäischen Stadt festgehalten. Ein Schwerpunkt lag auf der Umsetzung des globalen Nachhaltigkeitsziels 10: „Ungleichheit in und zwischen Staaten verringern“. Im Vordergrund standen dabei die Themen Integration und Inklusion.

In Bijeljina haben Jugendliche mit und ohne seelische und körperliche Beeinträchtigungen in einem großen Gewächshaus mit Erde, Samen und Setzlingen hantiert. Im Alltag mal etwas

ganz Anderes zu erleben, kam bei den beteiligten jungen Leuten gut an. Im Mittelpunkt des Projektes standen die Vermittlung gärtnerischer Fähigkeiten und das Ziel, als Gruppe von 16- bis 18-Jährigen zusammenzuwachsen. Neue Freundschaften wurden geschlossen, eine Arbeitsgruppe Inklusion gegründet. Lehrende und eine Psychologin der Schule für Landwirtschaft unterstützten die Jugendlichen und leiteten sie an. Gesellschaftliche Vorurteile gegenüber Jugendlichen mit Behinderungen wurden abgebaut. Durch das Projekt erfuhren sie Wertschätzung und erlangten ein Stück weit mehr Selbstständigkeit sowie einen gleichberechtigteren Zugang zu Bildung. Das hat dazu geführt, dass auch nach dem Ende der Pilotphase des Projektes in Bijeljina weiter gegärtnert wird.

## | Im Gemüsebeet voneinander lernen – auch in Langenhagen

Im Jahr 2015, als viele Menschen nach Europa und insbesondere Deutschland flüchteten, erreichten rund 25 Migrantinnen und Migranten den Langenhagener Ortsteil Kaltenweide. Dort leben etwa 7000 Menschen. Neben zahlreichen anderen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen entwickelte sich der Wunsch, Beschäftigungsmöglichkeiten für die neu Zugewanderten zu schaffen. So entstand die Idee, in einem offenen Blumen- und Gemüsegarten gemeinsam zu gärtnern.



Foto: Milić Poletan

Gärtnern verbindet: Jugendliche und junge Erwachsene starten in Bijeljina gemeinsam ins Gartenjahr 2019.

bisher auf Vertrauen, Ehrlichkeit und beidseitiger Übernahme von Verantwortung basieren, werden auch zukünftig erfolgreich sein und nachhaltig wirken.

In Langenhagen mündete das bisherige Engagement in der Unterzeichnung der Resolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas. Damit wurden die Nachhaltigkeitsziele in Langenhagen als städtische Handlungsrichtlinien anerkannt. Zukünftig sollen beispielsweise die örtlichen Schulen in SDG-Aktivitäten einbezogen werden. An der Integrierten Gesamtschule existiert bereits ein Schulprojekt, in dem die Jugendlichen sich mit der Agenda 2030 beschäftigen.

### Expertise im ganzen Westbalkan gefragt

In Bijeljina hat die kommunale Zusammenarbeit zur Agenda 2030 dazu beigetragen, dass die SDGs zwischenzeitlich auch in die revidierte Entwicklungsstrategie der Stadt für die Jahre 2019 bis 2023 aufgenommen wurden. Damit ist Bijeljina die erste Kommune in Bosnien und Herzegowina, die ihren Stadtentwicklungsplan an der Agenda 2030 ausrichtet.

Das war ein längerer Prozess. Inspiriert durch das Gartenprojekt, begann das Projektteam in

Bijeljina gemeinsam mit weiteren Akteuren, sich intensiver mit der Sensibilisierung für die Agenda 2030 zu beschäftigen. Drei sogenannte Partnergruppen gründeten sich. Sie arbeiten zu verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit: Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

In 2017 wurde bei insgesamt 173 Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen und privaten Sektors, bei nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft zunächst eine Umfrage zum Wissen über die Agenda 2030 durchgeführt. Diese ergab, dass bei über 90 Prozent der Befragten die Agenda 2030 noch nicht bekannt war. Durch den Austausch mit Mitarbeitenden internationaler Organisationen und Einrichtungen – wie beispielsweise den Vereinten Nationen, der Schwedischen und der Schweizerischen Botschaft sowie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – zum Thema Lokalisierung der Agenda 2030 erhielt das Projektteam zudem wichtige Anregungen für die weitere Arbeit zu den SDGs. Bis Ende 2018 konnten so in 19 Fortbildungen mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen, privaten und nichtstaatlichen Sektors aus Bijeljina erreicht und für die Bedeutung der Agenda 2030 sensibilisiert werden.

## Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften

Langenhagen und Bijeljina haben mit elf weiteren kommunalen Partnerschaften an der zweijährigen Pilotphase des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ teilgenommen. Sie endete im Dezember 2018. Ziel des Projekts war es, in den Partnerschaften einen Fachaustausch zur Agenda 2030 und zu den globalen Nachhaltigkeitszielen zu etablieren, strategische Kooperationen zu deren Umsetzung aufzubauen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global hat die beteiligten Kommunen im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beraten und unterstützt.

In Zusammenarbeit mit dem privaten, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Sektor wurden in Bijeljina auch bereits erste konkrete Projekte zur Lokalisierung der Agenda 2030 umgesetzt. So entstand beispielsweise, initiiert von der Stadtverwaltung, 2018 im Hauptpark der Stadt ein inklusiver und kostenfrei zugänglicher Kinderspielplatz. Zwei einheimische Privatunternehmen, die Bulgarische und Schweizerische Botschaft sowie eine nichtstaatliche Organisation unterstützten den Spielplatzbau.

Bijeljinas SDG-Aktivitäten sind bereits auf zahlreichen nationalen und internationalen Veranstaltungen präsentiert worden. Unter ihnen waren das Global Festival of Action der Vereinten Nationen in Bonn und die Regional-Konferenz im slowenischen Brdo, ausgerichtet von Nalas, einem Netzwerk von Verbänden der Gebietskörperschaften Südosteuropas. Die Stadt Bijeljina, gelegen im Dreiländereck Kroatien-Serbien-Bosnien und Herzegowina, ist mittlerweile nicht nur im eigenen Land als gutes Beispiel für die aktive Förderung und Umsetzung der Agenda 2030 bekannt sowie mit ihrem breiten Wissen gefragt, sondern auch in der gesamten Westbalkan-Region. | |



**Anika Todorović**

ist Leiterin des Amtes für lokale Wirtschaftsentwicklung und europäische Integration der Stadt Bijeljina in Bosnien und Herzegowina.

# Klimaschutz kommunal gestalten

Gelebte Zusammenarbeit zwischen dem Rhein-Pfalz-Kreis und La Fortuna in Costa Rica

| Elke Bröckel

**Bau eines Wertstoffhofs, Schüleraustausch und Wanderausstellung – so vielseitig ist die kommunale Klimapartnerschaft zwischen dem Rhein-Pfalz-Kreis und der Stadt La Fortuna in Costa Rica. Bereits seit 2015 arbeiten die Beteiligten eng zusammen und stellen unter Beweis: Partnerschaft ist keine Einbahnstraße.**

Im Rheintal gelegen und aufgrund günstiger Anbaubedingungen auch als Gemüsegarten Deutschlands bezeichnet, ist der Rhein-Pfalz-Kreis, in dem über 150.000 Menschen leben, ein touristisch gut erschlossenes Gebiet. Auch die Partnerstadt La Fortuna im Kanton San Carlos mit einer Einwohnerzahl von rund 10.000 ist ein beliebtes Ziel von Touristinnen und Touristen. Sie punktet bei diesen vor allem mit dem Wasserfall Río Fortuna, den heißen Quellen am Fuße des noch aktiven Vulkans Arenal, nahe gelegenen Bergketten und Regenwäldern. So verwundert es nicht, dass Ökotourismus und Umweltbil-

dung zwei der zentralen Partnerschaftsthemen sind.

## | Nachhaltiger Tourismus und Umweltbildung

Insbesondere der Rhein-Pfalz-Kreis kann bei diesen Aspekten sehr viel aus La Fortuna lernen. Dort sind beide Bereiche bereits stark entwickelt. In Schulen werden schon bei den Kindern Umweltthemen wie beispielsweise Schutz der Natur – Costa Ricas wertvoller Schatz –, nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und Mülltrennung thematisiert. Weiterhin ist der Ökotourismus sehr verbreitet, es gibt Hotels mit dem Zeichen „tourismo sostenible“, übersetzt: nachhaltiger Tourismus. Dort wird sehr viel Wert auf die nachhaltige Nutzung von Ressourcen wie zum Beispiel Wasser gelegt. Hotelketten ausländischer Investoren sind in La Fortuna nicht vertreten, die Hotels sind weitgehend in der Hand von Einheimischen. Auch das ist ein Zeichen für regionale Wertschöpfung. Zudem bezieht ganz Costa Rica seine Energie seit 2015 vollständig aus regenerativen Quellen, vor allem aus der Wasserkraft.

Im April 2018 fand ein Schüleraustausch zwischen der im Rhein-Pfalz-Kreis gelegenen Realschule in Schifferstadt und dem Colegio

Tecnico Profesional in La Fortuna statt. Neun Schifferstädter Schülerinnen und Schüler der „Costa Rica-Umwelt-AG“ machten sich auf die Reise in die Partnerstadt und verbrachten dort zwei Wochen bei Gastfamilien. Die Neunt- und Zehntklässler arbeiteten dort gemeinsam mit Gleichaltrigen an Projekten. Dabei ging es beispielsweise um die Errichtung eines Schulgartens, fairen Handel sowie Aktionen zur Mülltrennung und Energieeinsparung. Beim Gegenbesuch im April 2019 wurden die begonnenen Projekte in Schifferstadt weitergeführt. Der Schüleraustausch ist der erste Schritt, Umwelt- und Klimaerziehung im Sinne der Nachhaltigkeit in den Schulen des Rhein-Pfalz-Kreises zu verstetigen – eines der Ziele der Klimapartnerschaft.

## | Abfallberatung und Upcycling-Kunstwerke

Mit Unterstützung aus dem Rhein-Pfalz-Kreis ist in La Fortuna ein Wertstoffhof gebaut worden. Die Partner aus La Fortuna hatten sich zuvor bei einer Delegationsreise Struktur und Funktionsweise der Wertstoffhöfe im Rhein-Pfalz-Kreis angeschaut. Der neu errichtete Wertstoffhof hat Vorbildcharakter für die gesamte Region, da es bislang in Costa Rica kaum Systeme für Getrenntsammlung von Abfällen



Schülerinnen und Schüler aus Schifferstadt im April 2018 in Costa Rica. Zusammen mit Gleichaltrigen aus La Fortuna unternehmen sie eine Exkursion in den Regenwald.

Foto: Adifort, Realschule plus Schifferstadt

Der neu errichtete Wertstoffhof in La Fortuna. Er gilt als vorbildlich für die gesamte Region. Vorher gab es in Costa Rica kaum Systeme für Getrenntsammlung von Abfällen.

gibt. Die einzige weitere Deponie im Kanton San Carlos wird dadurch entlastet.

Die Stadt hatte bereits vor Längerem ein Grundstück für die Errichtung des Wertstoffhofs gekauft. Zunächst hatten Frauen ehrenamtlich Wertstoffe wie Plastikflaschen, Karton, Papier oder Dosen aus Privathaushalten und Hotels gesammelt, dort sortiert und vermarktet. Aufbauend auf diesem Engagement hat die kommunale Entwicklungsgesellschaft Asociación de Desarrollo Integral de La Fortuna (ADIFORT) ein Bringsystem für Wertstoffe konzipiert. Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeitende der Hotels geben ihre Wertstoffe dort ab.

Da die Abfallsäcke für den Müll, der nicht zum Wertstoffhof gebracht wird, von den Bürgern gekauft werden müssen, gibt es schon heute einen Anreiz für die Mülltrennung. Zukünftig soll das Bringsystem in Zusammenarbeit mit der Municipalidad, der Kommunalverwaltung von San Carlos, zu einem Holzsystem weiterentwickelt werden. Die Stadt La Fortuna plant neben intensiver Öffentlich-

Foto: Adifort La Fortuna



keitsarbeit und Unterstützungsangeboten durch ehrenamtliche Abfallberaterinnen und -berater auch Führungen im Wertstoffhof, beispielsweise für Schulklassen. Auf dem Areal sollen außerdem Kunstwerke aus Recycling-Material verkauft werden.

### | Vorbild für die Region

Um die Partnerschaft im Rhein-Pfalz-Kreis bekannter zu machen, wurde mit Unterstützung des Innenministeriums in Rheinland-Pfalz eine Wanderausstellung zu den gemeinsamen Projekten konzipiert. Sie sensibilisiert außerdem allgemein zum Thema Klimawandel. Seit August 2018 kann die Ausstellung bei der Kreisverwaltung angefordert und beispielsweise von Kommunen, Schulen oder Banken genutzt werden. Darüber hinaus gibt es regelmäßige Berichte zur Partnerschaftsarbeit im Kreiskurier, einer regionalen Zeitung, oder auf der Homepage des Landkreises. Auch ein regionaler Fernsehsender hat bereits über die Ausstellung und die Klimapartnerschaft berichtet.

Außerdem wurde der Rhein-Pfalz-Kreis auf zwei Ebenen für die erfolgreiche Arbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft gewürdigt. Zum einen geschah dies auf nationaler Ebene mit der Auszeichnung als Transformationsprojekt mit Vorbildcharakter für die Region durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Zum anderen wurde das Engagement des Landkreises auf regionaler Ebene als „Projekt Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet. Vergeben wurde der Preis von der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west).

### | Gemeinsames Planen ist gar nicht so einfach

Doch natürlich läuft nicht alles immer rund in der Zusammenarbeit, vor allem wegen des

teilweise unterschiedlichen Verständnisses von Verwaltungsabläufen. In La Fortuna gibt es eine sehr aktive und vorausschauende Verwaltung, bei der nicht die Parteien die Mitglieder bestimmen, sondern in der sich Bürgerinnen und Bürger ohne Parteibuch mit Interesse an ihrer Gemeinde engagieren. Für eine langfristige Kontinuität in Bezug auf die Ansprechpersonen ist gesorgt. Auf dieser Ebene ist die Zusammenarbeit gut. Doch die Planungshorizonte sind inhaltlich längerfristig angelegt, als das in Deutschland – auch speziell in den Vorgaben von Förderprogrammen – üblich ist. Feste Termine sind nicht die Regel. Darüber zu kommunizieren und auf einen Nenner zu kommen, ist mitunter schwierig.

Davon abgesehen verläuft die Arbeit sehr konstruktiv und effektiv. Zukünftig sollen die Erkenntnisse aus dem Schüleraustausch auf andere Schulen in beiden Kommunen übertragen werden. Außerdem ist die technische und finanzielle Realisierung einer Kläranlage in La Fortuna geplant.

Längst haben die Beteiligten im Rhein-Pfalz-Kreis aus dem Austausch mit der Partnerkommune gelernt, dass Klimaschutz auf lokaler Ebene eine Pflichtaufgabe sein sollte. Und dabei ist es unerheblich, wo Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion durchgeführt werden – ihre Auswirkungen sind immer global. ||

## Kommunale Klimapartnerschaften

Bereits seit 2011 führt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ durch. Angefangen mit dem Ziel, 50 Klimapartnerschaften bis zum Jahr 2015 zu etablieren, haben nunmehr 71 kommunale Partnerschaften am Projekt teilgenommen beziehungsweise sind gerade dabei. Ziel ist es, im Rahmen von kommunalen Klimapartnerschaften die fachliche Zusammenarbeit deutscher Kommunen mit Kommunen im Globalen Süden in den Bereichen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu stärken und diese Themen systematisch in die Partnerschaftsarbeit zu integrieren.



**Elke Bröckel**  
ist Referatsleiterin „Gebäudemanagement, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz“ des Rhein-Pfalz-Kreis.

# Gemeinsam neue Wege gehen

Mit einem Freundschaftsvertrag und einer Reihe von Projekten starten Aalen und Vilankulo ihre Zusammenarbeit



Foto: Peter Hueber

Vilankulos Bürgermeister Albino Manuel Machado (rechts) und Aalens Bürgermeister Thilo Rentschler (links) unterzeichnen 2018 den Freundschaftsvertrag zwischen beiden Städten.

Thilo Rentschler nach Mosambik. Erstes Ziel war Vilankulo, eine vom Tourismus lebende Stadt am Indischen Ozean, in ihrer Größe nach Angaben des dortigen Bürgermeisters Albino Manuel Machado vergleichbar mit Aalen. „In unserer ‚Einen Welt‘ müssen Kommunen sich gegenseitig unterstützen – oft stehen wir schließlich vor ganz ähnlichen Herausforderungen“, so Rentschler über sein Vorhaben, künftig mit einer mosambikanischen Stadt zusammenzuarbeiten.

Dass die Chemie zwischen allen Beteiligten stimmte, stellte sich während der Gespräche mit Bürgermeister Albino Manuel Machado schnell heraus. Er machte deutlich, dass er sich auf den Austausch und das gemeinsame Lernen freut. Im Zentrum der Projekte wird unter anderem das Thema Abfallmanagement stehen, genauer: Sammlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (ein erstes Vorprojekt mit der Bestandsaufnahme des Abfallsystems startet im Juni). Außerdem sind Aktivitäten zur Umweltbildung vorgesehen – insbesondere eine „Bürgerbildungskampagne zur Erhaltung der Umwelt“. Besiegelt wurde die Zusammenarbeit am Ende der Reise mit der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zum 1. Mai 2018.

Ermöglicht hat das Zusammentreffen der „Kleinprojektfonds für kommunale Entwicklungspolitik“. Dieses Angebot wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt.

## | Bildung als Schlüssel

Später zog es die Aalener Delegation weiter in die mosambikanische Hauptstadt Maputo, wo Termine mit Ministerinnen und Ministern der Regierung anstanden. Durch die Gespräche haben die Aalener viel Neues über Mosambik erfahren, beispielsweise im Bereich Bildung. Etwa die Hälfte aller Erwachsenen sind Analphabeten, in Deutschland sind

es im Vergleich rund drei Prozent. Von den rund 30 Millionen Mosambikanerinnen und Mosambikanern sind 40 Prozent jünger als 14 Jahre.

Inzwischen hat die Stadt Aalen ein breites regionales Netzwerk aus Zivilgesellschaft, Bildungsinstitutionen und Unternehmen gesponnen. Daraus ist zum Beispiel eine Partnerschaft der Hochschule Aalen mit der Katholischen Universität von Mosambik in Beira entstanden. In kurzer Zeit sind viele Projekte in Vilankulo auf den Weg gebracht worden:

- Bau zweier Vorschulen, finanziert durch Bürgerengagement;
- Aufbau eines Ausbildungszentrums für Gastronomie, finanziert durch die Friedrich Hospitality Foundation;
- Bau eines Ausbildungszentrums für Metallbau, finanziert durch die Mapal Fabrik für Präzisionswerkzeuge Dr. Kreiss KG aus Aalen und durch die VAF GmbH aus Bopfingen.

Aalen reagierte auch schnell auf die verheerenden Auswirkungen des Zyklons „Idai“, der Mitte März 2019 weite Teile Mosambiks verwüstete und vielen Menschen das Leben kostete. In Aalen hat sich ein breites Bündnis aus Stadt, Landkreis, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern gebildet, um schnellstmöglich das Gesundheitszentrum an der Katholischen Universität in der Küstenstadt Beira wiederaufzubauen. Das Bündnis hat bereits rund 250.000 Euro gesammelt und die Sanierung des Gesundheitszentrums in Auftrag gegeben. Die Eröffnung ist für diesen Sommer geplant.

Und wie geht es weiter mit der Städtefreundschaft? Aalen und Vilankulo gehen bereits die ersten Schritte auf dem Weg zu einer langfristigen Entwicklungspartnerschaft. Es wäre wünschenswert, wenn viele weitere Kommunen folgen. ||



**Michaela Blank**  
ist persönliche Referentin des Oberbürgermeisters der Stadtverwaltung Aalen.

## | Michaela Blank

Rund 8300 Kilometer Luftlinie trennen das deutsche Aalen und Vilankulo in Mosambik. Das sind 8300 Kilometer zwischen zwei Städten in einem der reichsten und einem der ärmsten Länder der Welt. Trotz der Kluft zwischen den Kommunen verbindet beide der Wille, voneinander zu lernen.

Schon seit Jahrzehnten besteht in der ostwürttembergischen Region um Aalen ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich in Mosambik engagiert. Tatkräftig mit dabei ist der Honorargeneralkonsul Siegfried Lingel der Republik Mosambik und die von ihm mitgegründete Deutsch-Mosambikanische Gesellschaft. Den Anstoß zu einer Städtefreundschaft gab schließlich der ehemalige Staatspräsident von Mosambik, Joaquim Chissano, als er im Rahmen eines offiziellen Besuchs 2017 auch die Stadt Aalen, Lingels Heimatstadt, aufsuchte.

## | „Kommunen müssen einander unterstützen“

Ende April 2018 reiste dann eine Delegation unter Leitung von Aalens Oberbürgermeister

# „Hier soll niemand weggehen, der die Nachhaltigkeitsziele nicht kennt“

Interview mit Klaus Weisbrod, Direktor der Hochschule für öffentliche Verwaltung (HöV) in Mayen

Sie nehmen am Projekt „Kommunaler Verwaltungsaustausch Rheinland-Pfalz – Ruanda“ teil. Das klingt erst einmal nach einer eher trockenen Angelegenheit. Was finden Sie daran so spannend?

**Klaus Weisbrod:** Eine funktionierende Verwaltung ist nicht nur um ihrer selbst willen gut, sondern natürlich auch für eine Gesellschaft und ein Staatswesen. Eine funktionierende Verwaltung trägt dazu bei, dass die Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Handeln, für die Wirtschaft und für die Menschen gut sind. Von daher ist die Schaffung einer solchen Verwaltung ganz wichtig – sowohl bei uns als auch in Ländern wie Ruanda.

Mit wem arbeiten Sie zusammen?

**Weisbrod:** Wir sind mehrere Akteure. Das sind zum einen rheinland-pfälzische Kommunen, die sich mit ihren Partnerkommunen in Ruanda austauschen. Zum anderen sind aber auch verschiedene Institutionen mit eingebunden: der Gemeinde- und Städtebund in Rheinland-Pfalz und das Gegenstück dazu in Ruanda, die Rwanda

## Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland

Die Bundesregierung stärkt die Länder und Kommunen in der MENA-Region mit einer Vielzahl an Instrumenten. Eines davon ist das Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Es fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch auf Basis gemeinsamer Projekte in Algerien, Marokko und Tunesien. Dadurch werden Verwaltungsstrukturen gestärkt und die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessert.

<https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>



Beim ersten Besuch der ruandischen Partner in Mayen im April 2018 werden Themen für die Zusammenarbeit ausfindig gemacht.

Foto: Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen

Association of Local Government Authorities, kurz: RALGA. Zu RALGA gehört das Local Governance Institute (LGI). Das LGI ist wiederum eine Institution, die sich mit der Qualifizierung von Mitarbeitenden in der ruandischen Kommunalverwaltung befasst. Wir auf der anderen Seite als HöV qualifizieren auch für die Arbeit in der Verwaltung. Gemeinsam mit der Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz e.V. sind wir zudem im Bereich Fortbildung aktiv.

Mit welchen Zielen tauschen Sie sich aus?

**Weisbrod:** Das Projekt steht noch am Anfang, es ist im Juli 2018 gestartet. Wir versuchen gemeinsam, das LGI zu einem Kompetenzzentrum für die Qualifizierung von Mitarbeitenden in Ruanda zu entwickeln. Es sollen dafür dort zum Beispiel Trainer ausgebildet werden. Wir wollen gemeinsam eine Art Anforderungsprofil entwickeln: Was müssen die zukünftigen ruandischen LGI-Trainer können? Sie brauchen Fähigkeiten in den Bereichen Lehr- und Lernmethoden, Moderation, Kommunikation und Präsentationstechniken. Im Weiteren soll dann gemeinsam mit dem LGI ein Modell eines modularen Schulungssystems für die ruandischen Mitarbeitenden entwickelt werden, um deren persönliche, soziale, methodische und berufliche Kompetenzen zu verbessern.

Dann wird konkretisiert, an welcher Stelle wir helfen können. Zum Beispiel könnte LGI-Personal hierher kommen oder jemand von uns fährt nach Ruanda und gibt dort einen train-the-trainer-Workshop. Natürlich soll unser Austausch auch etwas Gegenseitiges sein. Bei unseren Treffen haben wir festgestellt, dass in Ruanda die Nachhaltigkeitsziele, die SDGs, eine große Rolle spielen. Das versetzt uns zunächst einmal in Erstaunen, denn in unserem Bewusstsein war dieses Thema bis dahin gar nicht richtig angekommen.

Und was haben Sie in puncto SDGs geplant?

**Weisbrod:** Wir wollen die Nachhaltigkeitsziele konkret bei uns angehen, und zwar zweigeteilt: Zum einen wollen wir dieses Thema in der Lehre verorten. Es soll hier niemand weggehen, der die SDGs nicht kennt. Zum anderen fragen wir uns: Was können wir selbst in unserer Einrichtung zum Thema Nachhaltigkeit tun?

Wie schafft man es, ins Handeln zu kommen?

**Weisbrod:** Man neigt mit deutscher Gründlichkeit zunächst einmal dazu, ein Konzept zu machen und dann die Umsetzung zu beginnen. Von unseren Partnern



Foto: Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen

haben wir gelernt, dass wir eher kleinere Schritte gehen, um dann sagen zu können: „Da funktioniert's, jetzt machen wir den nächsten Schritt.“ Wir haben mit einigen Studierenden eine Arbeitsgruppe, in der wir uns überlegen, was man konkret in einer Kommune für Nachhaltigkeit tun kann. Wir wollen auf unserer Homepage eine Rubrik mit Grafiken der einzelnen SDGs einrichten. Wenn man dann zum Beispiel auf Ziel fünf klickt, gibt es dort konkrete Anregungen aus dem kommunalen Bereich – von hier und aus Ruanda. Ein weiterer Ansatz ist, dass die Studierenden durch entsprechende Angebote in der Lehre dazu befähigt werden, als Multiplikatoren den Partnerschaftsgedanken in ihre Kommunen zu tragen und dafür zu werben.

Wir wollen uns an der Hochschule auch ganz praktisch mit den SDGs befassen. Das sind ja manchmal Kleinigkeiten, die leicht umzusetzen sind. Wir haben beispielsweise die Papp- und Plastikbecher in der Cafeteria abgeschafft und Mehrwegbecher gegen Pfand eingeführt. In allen Lehrsälen wollen wir Schilder anbringen nach dem Motto: „Wenn ihr den Raum verlasst, bitte Licht und Beamer aus- und Fenster zumachen“, mit dem Hinweis auf das entsprechende SDG. Einen sorgsamen Umgang mit Ressourcen kann man ja in viele Bereiche



Foto: Martin Magunia

Innocente Murasi

Wo genau liegt eigentlich unser Partnerland Ruanda? Studierende beschäftigen sich beim Hochschulforum im Oktober 2018 mit dieser und vielen weiteren Fragen.

übertragen. Ich glaube schon, dass das im Kollegium und bei den Studierenden einen Umdenkprozess in Gang setzen kann. Einige Studierende haben die Idee, einen Verein zu gründen, der sich dauerhaft mit der Partnerschaft und den SDGs befasst und jeweils die nächste Generation von Studierenden miteinbindet.

Wie verläuft die Kommunikation mit den Partnern?

**Weisbrod:** Im Zuge dieses Projekts habe ich an einem Seminar zu Interkultureller Kompetenz teilgenommen. Da habe ich gelernt, dass beispielsweise Gesichtswahrung in Ruanda eine große Rolle spielt. Das kann dazu führen, dass man ungern auf Vorschläge mit „nein“ antwortet. Wenn ich etwas vorschlage und unsere Partner denken, was ist das für ein Blödsinn, werden sie möglicherweise nicht sagen: „Nein, das ist Blödsinn.“ Sondern sie werden das eher freundlich umschreiben und sagen „Ja, guter Vorschlag, lass uns noch mal überlegen“ – und danach versuchen, das ins Leere laufen zu lassen. Den anderen nicht bloßzustellen ist sehr wichtig in Ruanda. Auf diese Art der Kommunikation muss man sich ein Stück weit einstellen.

Wie gut oder schlecht können Sie das, sich darauf einstellen?

**Weisbrod:** Das lernt man. Bei unserem ersten Workshop in Ruanda, in den wir mit den Vorstellungen unseres Modells von Ausbildung und Qualifizierung gegangen sind, habe ich gedacht: „Das läuft aber zäh“ und „Wollen sie das alles vielleicht gar nicht?“. Man ist hier vielleicht von der

Kultur her eher so geprägt, dass man kommt und sagt: „Erstens, zweitens, drittens – das ist unser Plan.“ So kann man aber die Dinge nicht angehen. Man muss auf beiden Seiten erst einmal verstehen, wie der Einzelne jeweils tickt. Und Geduld haben. Wir können nicht hinkommen und unseren Partnern sagen, was sie machen sollen. Sondern sie müssen uns sagen, was sie möchten. Das ist eine sehr gute Erfahrung. Ich wünsche mir, dass unsere Studierenden das auch ein Stück weit mitnehmen – dass man hier nicht der Mittelpunkt der Welt ist und anderen sagen kann, wie was zu laufen hat.

Haben Sie das Gefühl, dass einige so denken?

**Weisbrod:** Ich glaube, das ist uns als Mitteleuropäer schon ein bisschen immanent. Auch vor diesem Hintergrund denke ich, dass die Partnerschaft gut für alle Beteiligten ist und

man viel voneinander lernen kann. Ich bin wirklich froh, dass uns das Innenministerium angesprochen hatte, ob wir bei diesem Projekt mitmachen wollen. Und es ist sehr erfreulich, wie viele wir hier im Haus – sowohl in der Kollegenschaft als auch bei den Studierenden – für dieses Thema gewinnen konnten und wie engagiert sie im Einsatz sind. Wenn wir einen Delegationsbesuch hier haben, geht das nicht von acht bis 16 Uhr, sondern da ist quasi rund um die Uhr und am Wochenende Programm. Es ist ein sehr schönes Erlebnis, wie selbstverständlich das viele mitmachen, und es bringt uns auch insgesamt als Einrichtung ein Stück näher zusammen. Eine sinnvolle Sache, davon bin ich überzeugt! | |

Das Interview führte  
**Christine Rohrer**, freie Redakteurin.

Das Projekt wird im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und dem Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz durchgeführt.

## Sieben Fragen an Carolin Waldhauser, ehemalige Studentin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen

Frau Waldhauser, im März 2019 haben Sie Ihre Bachelor-Arbeit eingereicht. Was haben Sie als Thema gewählt?

Meine Arbeit hatte zwei verschiedene Teile. Zum einen habe ich einen Film zum „Kommunalen Verwaltungsaustausch Rheinland-Pfalz – Ruanda“ gedreht. Das sollte eine Art Werbefilm sein, um damit noch andere Kommunen zum Mitmachen zu gewinnen.

Für diesen praktischen Teil war ich bei der Auftaktreise im Juli 2018 mit in Ruanda und habe da Interviews geführt. Dann hatte ich noch einen schriftlichen Teil über die Länderpartnerschaft Rheinland-Pfalz–Ruanda und speziell eben über den Verwaltungsaustausch. Es ging auch darum, wie damit und mit den SDGs an der Hochschule umgegangen wird.

Wie ist die Länderpartnerschaft entstanden?

In den 1980er Jahren wollte die Bundesregierung, dass Kommunen mehr für die internationale Zusammenarbeit tun. In Rheinland-Pfalz hat man sich für Afrika entschlossen. Damals war aus bildungspolitischen Gründen im Fokus, dass man die französische Sprache mehr ausbaut. Und es sollte ein christliches Land sein, das von der Einwohnerzahl her mit der von Rheinland-Pfalz ungefähr vergleichbar ist. Es gab zu dieser Zeit schon Kontakte von Kirchengemeinden hier zu ruandischen Kirchengemeinden. Deswegen hat man sich für Ruanda entschieden und nicht für Burkina Faso, das als zweites Land die Kriterien erfüllt hatte, wohin aber noch gar keine Kontakte bestanden.

Gab es etwas, was Sie während Ihrer Arbeit überrascht hat?

Im Zuge meiner Recherchen bin ich auf einen Twitter-Account gestoßen. Sinngemäß las ich dort, dass ein deutscher Tourist auf einem ruandischen Markt war und mit einem Verkäufer ins Gespräch kam. Dieser fragte, wo er herkomme. Erst hat er gesagt, „aus der Nähe von Frankfurt“. Damit konnte der ruandische Verkäufer nichts anfangen.



Foto: Hochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen

Carolin Waldhauser absolvierte ihre duale Ausbildung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung (HöV) in Mayen und bei der Stadtverwaltung Mainz.

Dann hat er gesagt, „aus Mainz“. Mainz kannte der Verkäufer und meinte: „Ah, Städtepartnerschaft!“ Ich finde es interessant, dass Rheinland-Pfalz und Mainz scheinbar in der Bevölkerung bekannt sind. Auch als wir vor Ort waren, ist uns das begegnet. Und das ist ja auch der Sinn bei einer Partnerschaft: dass sie nicht nur auf hoher Regierungsebene beschlossen wird, sondern die Bevölkerung etwas davon mitbekommt.

Im Kontext meiner praktischen Arbeit hätte ich nicht gedacht, dass so viele Leute sich dazu bereit erklären, vor der Kamera zu stehen. Das finde ich ziemlich mutig. Und es war schön zu sehen, wie spontan die Partner in Ruanda sind. Ich wollte gerne ein paar Aufnahmen in einer Grundschule machen und habe gefragt, ob das möglich ist. Direkt hat sich ein Papa gefunden, der mich mitgenommen hat, und ein anderer hat übersetzt. Denn die meisten Menschen dort sprechen Kinyarwanda, ich nicht. Und die

Kinder hatten auch viel Spaß, denn ich hatte Luftballons mit reingeschmuggelt.

Hatten Sie auch abseits der Hochschule bereits mit den SDGs Berührung?

Eigentlich gar nicht, muss ich sagen.

Sie haben sich während Ihrer Studienphasen in Mayen für die Partnerschaft und die SDGs engagiert. War das nicht eine Menge Zusatzarbeit?

Es war Mehrarbeit, aber eine schöne. Ich fand es schön, abseits des normalen Unterrichts so etwas zu machen und darüber mit anderen Studierenden in Kontakt zu kommen, während man sonst immer nur mit seiner eigenen Studiengruppe zu tun hatte. Und es war eine Chance, mal über den Tellerrand hinauszublicken. Ich fand es zum Beispiel auch superinteressant, dass man nach Ruanda keine Plastiktüten mitnehmen darf. Der Verzicht auf Plastiktüten ist bei uns ja noch nicht so angekommen.

Sensibilisieren Sie in Ihrer täglichen Arbeit Ihre Mitmenschen auch zu den SDGs?

Das stellt sich eher schwierig dar. Ich bin als Sachbearbeiterin im Sozialamt eingestellt. Aber so lange ich das bei der Arbeit nicht einbringen kann, versuche ich, einiges im privaten Bereich umzusetzen.

Möchten Sie noch etwas loswerden?

Ja! Ich finde es wichtig, dass man Ruanda seine Kultur lässt. Was wir als gut für uns empfinden, ist nicht unbedingt das, was die Ruander für sich als gut empfinden. Wenn wir unterstützen wollen, müssen wir den Leuten zuhören – hören, was sie wirklich brauchen. Wenn wir versuchen, unser europäisches Muster darüber zu stülpen, macht das wenig Sinn. Man muss spezifisch auf das Land eingehen und sich kulturell anpassen. | |

Die Fragen stellte  
**Christine Rohrer**, freie Redakteurin.

# Globale Agenden lokal umsetzen

## Partnerschaftsarbeit von deutschen und afrikanischen Kommunen zu den Agenden 2030 und 2063

| Teresa Fellingner und Amal Nasr

Der afrikanische Kontinent hat sich auf den Weg gemacht, ein wohlhabendes und vereintes Afrika zu erreichen. Festgelegt ist dieses Ziel in der Agenda 2030, aufbauen können die afrikanischen Länder dabei aber auch auf der Agenda 2063 „The Africa We Want“. In beiden wird es als unerlässlich angesehen, globale Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen einzugehen.

Die Afrikanische Union hat die Agenda 2063 bereits 2013 verabschiedet. Mit ihr soll bis 2063 eine panafrikanische Perspektive geschaffen werden. Es sollen eigene Entwicklungskräfte der afrikanischen Staaten gefördert und somit nachhaltige Entwicklung von innen heraus angestoßen werden, denn nur so kann eine sozio-ökonomische Transformation des Kontinents gelingen.

Die Gegenüberstellung der Agenda 2030 und der Agenda 2063 zeigt, dass sie nicht als konkurrierende Ansätze einer nachhaltigen Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent zu sehen sind. Vielmehr ist die Agenda 2063 das afrikanische Pendant zur Agenda 2030 und für eine differenzierte Anpassung an die Bedürfnisse des ganzen Kontinents ausgelegt. Die meisten afrikanischen Regierungen verstehen die beiden Entwicklungsagenden als komplementär. Sie setzen sich für die Umsetzung beider Agenden ein, die alle beide das Eingehen von Partnerschaften als ein Mittel zur Zielerreichung ansehen. Dafür müssen diese jedoch zunächst auf die nationale und schließlich lokale Ebene heruntergebrochen werden. International spricht man bei diesem Prozess von der „Lokalisierung“, in Deutschland ist der Begriff des „VerOrtens“ gängig. Für eine erfolgreiche und zügige Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenden ist es von Belang, dass das VerOrten der Agenden auch von unteren Ebenen angestoßen wird.

### | SDGs in afrikanischen Ländern

Eine Vielzahl von Beispielen, wie Kommunen und Staaten aus der ganzen Welt – oft in Kooperation mit anderen Akteuren – die Umset-



Foto: Martin Magunia

zung der SDGs in Angriff nehmen, sind auf den Internet-Plattformen „Localizing the SDGs“ sowie „ACT4SDGs“ zu finden. Dort lassen sich Methoden und Ansätze zur Lokalisierung der Agenda 2030 sowie konkrete Projekte einsehen. Speziell für den afrikanischen Kontinent arbeitet das „SDG Center for Africa“ mit Sitz in der ruandischen Hauptstadt Kigali daran, die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der SDGs in Afrika zu beschleunigen.

Es bietet nationalen Regierungen, dem privaten Sektor, der Zivilgesellschaft und akademischen Institutionen technische Unterstützung, Beratung und Expertise bei der Umsetzung der Agenda 2030. So hat etwa das „SDG Center for Africa“ gemeinsam mit dem „Sustainable Development Solutions Network“ 69 Indikatoren, mit denen der Fortschritt der Agenda 2030 gemessen wird (Global SDG Index Report), durch einen Satz von 28 afrikaspezifischen Indikatoren ergänzt (Africa SDG Index und Dashboard). So soll ein integriertes Monitoring für die Umsetzung beider Agenden – also auch der Agenda 2063 – für afrika-

### Akteure aus Kommunen und Partnerschaftsvereinen erarbeiten Lösungsansätze zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Partnerschaftsarbeit.

nische Länder gewährleistet werden. Ghana beispielsweise hat als eines der ersten Länder weltweit die Agenda 2030 dem eigenen Entwicklungsplan angepasst. 2018 belegte es bei der Umsetzung der SDGs Platz 6 auf dem afrikanischen Kontinent und Platz 101 weltweit. Zudem hat das Land in 2017 die nationale Strategie „Ghana Beyond Aid“ verkündet. Laut dieser Strategie sollen die Wertschöpfung der im Lande vorhandenen natürlichen Ressourcen erhöht und so zusätzliche interne Finanzmittel mobilisiert werden. Aus den damit erzielten Mehreinnahmen, so der Plan, soll unter anderem die Umsetzung der SDGs finanziert werden.

Südafrika setzt die Agenda 2030 und die Agenda 2063 ebenfalls im nationalen Entwicklungsplan um. Dieser definiert die Ent-

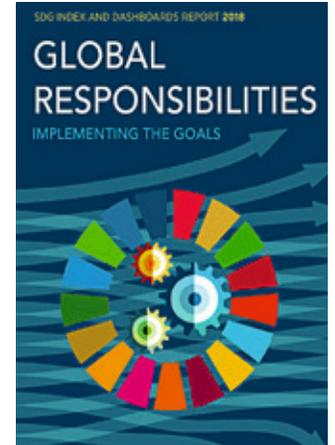
wicklungsziele des Landes und widmet sich dabei besonders den nicht erreichten Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) sowie der Aufgabe, bis 2030 Armut zu beseitigen (SDG 1) und Ungleichheit zu reduzieren (SDG 10). Dabei wird die Ernährungssicherung als grundlegend angesehen, um diese und alle weiteren SDGs verwirklichen zu können.

Zentrale Nachhaltigkeitsthemen wie Umweltschutz, Energie, Katastrophenvorsorge, Frauenförderung und Gesundheitsmanagement umzusetzen, dazu trägt auf kommunaler Ebene unter anderem der südafrikanische kommunale Spitzenverband „South African Local Government Association“ (SALGA) mit der Durchführung von Workshops, Seminaren und Trainings mit südafrikanischen Städten und Gemeinden bei. SALGA kooperiert dabei mit den Vereinten Nationen, die die Lokalisierung der Agenda 2030 fördern.

**Partnerschaftsarbeit zur Agenda 2030**

Die Nachhaltigkeitsagenda eignet sich durch ihre universelle Gültigkeit besonders als Grundlage für die Partnerschaftsarbeit. Alle Kommunen im Globalen Norden und Süden sind gleichermaßen dazu aufgerufen, sich in Partnerschaftlichkeit auf den Weg zu einer

Diese Berichte dienen als Einstieg in den Fachaustausch zur Agenda 2030 zwischen afrikanischen und deutschen Kommunen.



Quelle: www.unsd.net

nachhaltigen Entwicklung zu machen. Ein Fachaustausch über gute Praxisbeispiele und Erfahrungen ist dabei unerlässlich, um bei der Planung gemeinsamer Maßnahmen in deutschen und afrikanischen Kommunen nicht immer wieder bei Null zu beginnen.

Afrikanische Länder und Kommunen haben bereits Erfahrung darin, globale Vereinbarungen lokal umzusetzen. Sie haben ihre Beiträge zur Realisierung der MDGs geleistet, indem sie ihre lokalen Entwicklungsstrategien sowie Projekte diesen Zielen angepasst haben. Währenddessen haben sich zahlreiche deutsche Kommunen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Erfahrungen im Bereich der Nachhaltigkeit angeeignet. Sich über diese Erfahrungen in der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik auszutauschen, steht im Mittelpunkt des Projekts „Agenda 2030 – kommunaler Fachaustausch mit afrikanischen Partnern“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, das im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt wird.

Im Rahmen dieses Projekts werden sowohl in der Partnerschaftsarbeit erfahrene als auch neue Akteure umfangreich beraten. Die Themen reichen vom Lokalisierungsprozess über Möglichkeiten, sich zu vernetzen, bis zur Verortung der Partnerschaftsprojekte in der Agenda 2030. Geplante Maßnahmen in der Partnerschaftsarbeit werden dabei einem ganzheitlichen Nachhaltigkeitscheck unterzogen und damit aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Perspektive betrachtet.

Dadurch gewinnen sie oft an neuen Dimensionen. Außerdem erweitert der wechselseitige Wissenstransfer das Know-how der beteiligten Kommunen zu den SDGs. Und die fachliche Gesprächsebene schafft in der Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und deutschen Akteuren eine Augenhöhe.

Um die SDGs weiter bekannt zu machen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu verstetigen, ist es zentral, dass eine Vielzahl von Akteuren aus kommunaler Verwaltung, Wissenschaft, Politik sowie Zivilgesellschaft zusammenwirkt. Denn eine „Transformation unserer Welt“ – so lautet der Leitspruch der Agenda 2030 – kann nur gemeinsam gelingen. Und wie ein bekanntes afrikanisches Sprichwort besagt: „Wenn Du schnell gehen willst, geh allein. Wenn Du weit gehen willst, geh mit anderen.“

**Marshallplan mit Afrika**

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seine Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas neu ausgerichtet. Der vom BMZ in 2017 initiierte Marshallplan mit Afrika „Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft“ zielt darauf ab, die eigenen Entwicklungskräfte der afrikanischen Staaten zu stärken. Auf seiner Basis kann eine Partnerschaft zwischen Afrika und Europa entstehen, die weit über eine klassische, projektbezogene Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht. Dazu müssen die Regierungen Reformen in die Wege leiten. Es geht darum, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass private und öffentliche Investitionen auf einen fruchtbaren Boden fallen können.



**Amal Nasr** ist Projektmitarbeiterin „Agenda 2030 – kommunaler Fachaustausch mit afrikanischen Partnern“ der SKEW von Engagement Global.



**Teresa Fellinger** ist Projektleiterin „Agenda 2030 – kommunaler Fachaustausch mit afrikanischen Partnern“ der SKEW von Engagement Global.

## „Leitbild Mannheim 2030“

In einem breit angelegten Verfahren fand die Stadt an Rhein und Neckar zu neuen Leitlinien für ihr kommunales Handeln

| Christine Rohrer

**Wie wollen wir 2030 in unserer Stadt leben? Zu dieser Frage haben Mannheimer Bürgerinnen und Bürger 2018 über 1500 Antworten erarbeitet. Diese bilden die Grundlage des neuen Leitbilds, mit dem die Agenda 2030 zum festen Bestandteil allen kommunalen Wirkens werden soll.**

Der allererste Baustein auf dem Weg zum Leitbild war der sogenannte Mannheimer „Urban Thinkers Campus“, eine Initiative der World Urban Campaign des UN-Siedlungsprogramms. Über zwei Tage wurden 2017 die wichtigsten Kriterien für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Leben in städtischen Räumen diskutiert. Weitere Meilensteine waren der Bürgerdialog und eine Klausurtagung des Mannheimer Gemeinderats mit etwa 65 Ehrenamtlichen aus der Lokalpolitik im Jahr 2018. Als gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten brachten sie eigene Sichtweisen auf die Umsetzung der SDGs in ihrer Stadt ein.

| **Großes Interesse an fachlichem Austausch**

Schließlich folgte im Oktober 2018 eine internationale Partnerschaftskonferenz. Um die Teilnahme bewerben konnten sich nationale und internationale Expertinnen und Exper-

ten aus Mannheims Partner- und Kooperationsstädten. „Es sollten Personen sein, die sich mit der Agenda 2030 mindestens so gut auskennen wie wir, möglichst noch besser“, erläutert David Linse das aufwendige Verfahren. „denn die Konferenz war als fachliche Überprüfung unserer bisherigen Arbeiten gedacht“. Der Leiter des Fachbereichs Internationales, Europa und Protokoll der Stadt Mannheim und die Stadtverwaltung wurden nicht enttäuscht. Das Interesse am fachlichen Austausch mit Sachkundigen aus anderen Regionen und Ländern war groß.

Die Delegationen reisten aus Berlin, Bydgoszcz in Polen, Czernowitz in der Ukraine, Haifa in Israel, Hebron in den Palästinensischen Gebieten, Kilis in der Türkei, Klaipėda in Litauen, Qingdao und Zhenjiang in China sowie Windsor in Kanada an. So war die Konferenz selbst Ausdruck eines SDGs, nämlich des Partnerschaftsprinzips: Inhaltlich vorbereitet und durchgeführt wurde sie in enger Abstimmung mit dem Förderverein Städtepartnerschaften Mannheim e.V. Die rund 70 Teilnehmenden fanden über partnerschaftliche Verbindungen nach Mannheim.

Während der drei Konferenztage gab es eine Ausstellung guter Beispiele aus den Kommunen der Beteiligten. „Wir haben uns aber vor allem intensiv in Expertengruppen mit den

sogenannten Zukunftsfeldern im Mannheimer Leitbild beschäftigt, alle Passagen einzeln diskutiert und überarbeitet“, erklärt Stefanie Miller, Mitarbeiterin im Büro für EU-Angelegenheiten und globale Nachhaltigkeit der Stadt Mannheim.

| **Sieben Zukunftsfelder**

Das Resultat der zweieinhalbjährigen Bemühungen ist die heutige Fassung des Leitbilds, das im März 2019 vom Mannheimer Gemeinderat verabschiedet wurde. Die darin enthaltenen sieben Zukunftsfelder sind:

- soziale und kulturelle Teilhabe, gesellschaftliches Miteinander und lebenslanges Lernen
- Gesundheit, Wohlbefinden und demografischer Wandel
- Gleichstellung, Vielfalt und Integration
- Demokratie, Engagement und Beteiligung
- Digitalisierung, Innovation und zukunftsfähige Wertschöpfung
- Klima, Umwelt und alternative Mobilität
- internationale Zusammenarbeit, globale Verantwortung und Konsum

Jedes dieser Zukunftsfelder wird von einer Beschreibung der Stadt im Jahr 2030 begleitet und ist mit einem konkreten strategischen Ziel verbunden. „Dass ‚globale Verantwortungsübernahme‘ ein eigenes Zukunftsfeld geworden ist, ist auch ein Stück weit Ergebnis der SDG-Partnerschaftskonferenz“, sagt Linse. Das dazugehörige strategische Ziel liest sich so: „Mannheim ist Vorbild für die internationale Zusammenarbeit von Städten. Kommunale Entwicklungspolitik und verantwortungsvoller Konsum tragen zu globaler Gerechtigkeit und einer nachhaltigen internationalen Politik bei.“

Außerdem werden die Zukunftsfelder durch Indikatoren ergänzt, mit denen zukünftig gemessen werden kann, inwieweit die Stadt die Ziele erreicht. An den Indikatoren wird noch gefeilt, bevor der Gemeinderat über sie entscheidet. Auch wenn das fertige Leitbild bereits vorliegt, ist die Arbeit noch nicht getan. Dazu Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz: „Es kommt jetzt darauf an, das Leitbild bekannt zu machen und es zu erklären.“ | |



Bei den SDG-Partnerschaftskonferenzen vernetzen sich Kommunen aus dem Globalen Norden und Süden miteinander. In Mannheim ist 2018 der Fachaustausch zur Agenda 2030 in die Erarbeitung eines neuen kommunalen Leitbilds eingeflossen.

# Von Stadtplanung bis Konsumverhalten

## Lokale Verwirklichung der Agenda 2030 in Freiburg und seinen Partnerstädten

| Christine Rohrer

Vorhandene Expertise nutzen und zusammen mehr erreichen – das haben sich Freiburg und elf Partnerstädte auf die Fahnen geschrieben. Mit der „Sister Cities Declaration“ – einer gemeinsamen Erklärung der zwölf Kommunen – ist ein neues globales Netzwerk unter Freiburgs Partnerstädten entstanden. Und eine Online-Plattform hilft, gemeinsam Vorhaben anzugehen.

„Unser Ziel ist es, die Verwirklichung der Agenda 2030 [...] zu fördern, indem wir auf lokaler Ebene zusammenarbeiten, handeln und von globalen Partnerschaften profitieren“, heißt es in der „Sister Cities Declaration“. Im Mittelpunkt der Projektvorhaben stehen drei Nachhaltigkeitsziele: chancengerechte und hochwertige Bildung, nachhaltige Städte und Gemeinden sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

Hervorgegangen ist die gemeinsame Erklärung aus einer Konferenz, zu der die baden-württembergische Stadt vom 22. bis 24. Oktober 2018 geladen hatte. „Das Thema ‚nachhaltige Entwicklung‘ brennt, die Städte wollen etwas tun“, erklärt Isabel Di Stasio, Koordinatorin kommunaler Entwicklungspolitik im Referat für Internationale Kontakte und Protokoll der Stadt Freiburg. Sie betont: „Damit die bei der Konferenz erarbeiteten, konkreten Pilotvorhaben nicht im Sande verlaufen, ist ein gemeinsamer Rahmen wichtig.“

### | Projektmanagement via Online-Plattform

Eine aus Freiburg moderierte Online-Plattform erleichtert deshalb Projektsteuerung und Kommunikation. Vertreterinnen und Vertreter aus Besançon in Frankreich, Madison in den USA, Wiwili in Nicaragua und Freiburg haben sich zum Thema Konsumverhalten zusammengefunden. Über die Online-



Internationale Städtepartner Konferenz 2018 in Freiburg: erstes Kennenlernen vor dem gemeinsamen Essen im Weingut Schätzle.

Foto: Stadt Freiburg / Karl-Heinz Raach

Plattform treiben sie ihre Planungen voran. Sie wollen mögliche Auswirkungen des Handelns der Einzelnen auf Umwelt und Klima bewusst machen. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende der einzelnen Städte sollen dazu Filme, Radiobeiträge und Texte erstellen und sie über ein Netzwerk zwischen den Kommunen teilen. Dadurch könnten nicht nur sie selbst, sondern auch Lehrende und Eltern zu Verhaltensänderungen angeregt werden. Zudem sollen Gemeinschaftsgärten als Orte für Sensibilisierung und Bildung für nachhaltige Entwicklung entstehen.

Eine andere Projektgruppe befasst sich mit erneuerbaren Energien in dicht besiedelten Gebieten. Städtische Mitarbeitende von Matsuyama in Japan, Innsbruck in Österreich und Freiburg wollen jeweils ein öffentliches, mehrstöckiges Gebäude in der eigenen Stadt

mit PVT-Kollektoren ausstatten. Diese speziellen Kollektoren erzeugen sowohl Strom als auch Wärme. Ziel ist, 2022 die Kollektoren zu installieren und die gewonnenen Erkenntnisse anderen Städten zugänglich zu machen.

Über die Online-Plattform wird außerdem zu Bürgerbeteiligung, Stadtplanung und Mobilität kommuniziert. Mit dabei sind neben den bereits genannten Städten auch Guildford in England, Isfahan im Iran, Lviv in der Ukraine, Padua in Italien, Suwon in Südkorea und Tel Aviv in Israel. Das Monitoring aller Projektvorhaben leistet die Stadt Freiburg. Di Stasio erklärt die Motivation der Beteiligten, gemeinsam am Ball zu bleiben, so: „Das Denken, die eigene Stadt für Menschen der nachkommenden Generationen besser zu machen, ist etwas, das alle verbindet.“

**Unterstützt wurde die Ausrichtung der Konferenzen in Freiburg und Mannheim durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.**



Christine Rohrer  
ist freie Redakteurin.

# Flächenrecycling

Stuttgart und Bogotá wollen gemeinsam ein ehemaliges Industrieareal bewohnbar machen



Zwischen Wohnblocks wird in Bogotá eine neue Messstelle gebohrt. Auf diesem Grundstück wurden bis in die 1980er Jahre Pestizide gelagert und abgefüllt.

Foto: Hermann J. Kirchholtes

hat an das Unternehmen, das das Grundstück gekauft hat, Zahlungen zu dessen Wiederaufbereitung geleistet. Der erste Schritt hierfür, die Untersuchung und Bewertung des kontaminierten Bodens, steht aber noch aus. Der Handlungsdruck ist nun vor allem deshalb hoch, weil die Wohnbebauung inzwischen unmittelbar an den Pilotstandort heranrückt.

## | Internationaler Wissensaustausch

Gefährden die vorhandenen Schadstoffe die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner? Das wird in Stuttgart regelmäßig bei vergleichbaren Bauvorhaben untersucht. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Umwandlung des ehemals industriell genutzten „Schoch Areal“ zum Wohnviertel „Quartier am Wiener Platz“. Diese Erfahrungen fließen in das Partnerschaftsprojekt ein. Am Pilotstandort in Bogotá wurden im Januar 2019 auf Basis gemeinsam erarbeiteter Leitfäden Grundwasser-Messstellen gebaut und Proben untersucht. Die SDA legte die Untersuchungsmaßnahmen in Abstimmung mit dem Stuttgarter Team fest und beauftragte ein Fachbüro mit der Planung und Durchführung. Die Maßnahmen wurden überwacht und die Ergebnisse werden im Laufe des Jahres 2019 gemeinsam ausgewertet.

Die Zusammenarbeit der beiden Städte baut auf Erfahrungen aus mehrjährigen gemeinsamen Projekten und daraus erwachsenem Vertrauen auf. Solche Projektpartnerschaften stellen für den internationalen Wissensaustausch eine attraktive Ergänzung zu Städtepartnerschaften dar. Sie unterstützen gezielt und praxisnah die Zusammenarbeit von Kommunen im Rahmen konkreter Projekte und klar definierter Aufgaben. Wenn Lerneffekte auf beiden Seiten und eine Verbesserung von Lebensbedingungen das Ergebnis sind, dann hat sich der Aufwand mehr als gelohnt. | |



**Dipl.-Ing. Hermann J. Kirchholtes** ist Sachgebietsleiter Kommunale Altlasten im Amt für Umweltschutz der Landeshauptstadt Stuttgart.

## | Hermann J. Kirchholtes

Die kolumbianische Hauptstadt Bogotá entwickelt sich dynamisch. Beim Bau neuer Gebäude und Anlagen auf Umnutzungsflächen, dem sogenannten Flächenrecycling, müssen in manchen Fällen zunächst Boden- und Grundwasserverschmutzungen beseitigt werden. Solche Kontaminationen zu untersuchen und zu bewerten, haben sich Stuttgart und Bogotá im Rahmen ihrer Projektpartnerschaft zur Aufgabe gemacht.

Sowohl einheimische als auch internationale Firmen investieren in Bogotá, neue Wohngebiete entstehen an der Peripherie wie auch auf Industrie- und Gewerbebrachen im Innenstadtbereich. Früherer unsachgemäßer Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen, zum Beispiel an Tankstellen, durch chemische Reinigungen oder galvanotechnische Betriebe, kann aber das Grundwasser verschmutzt haben. Von kolumbianischer Seite gibt es keine festen Regeln dafür, ab wann bei kontaminiertem Grundwasser Sanierungsbedarf besteht. So verwenden internationale Firmen zur Beurteilung der Kontamination auf Grundstücken, die sie bebauen wollen, jeweils eigene Untersuchungstechniken und Prüfwerte.

Die Mitarbeitenden der Secretaria Distrital de Ambiente (SDA), des Umweltamts des Hauptstadtdistrikts, stehen bei der Prüfung

und Genehmigung von Anträgen immer wieder vor der Frage, ob sie die jeweiligen Vorgehensweisen akzeptieren oder besser eigene Anforderungen formulieren sollen. Um bei diesen Entscheidungen eine größere Sicherheit zu erhalten, arbeiten sie mit Kolleginnen und Kollegen des Stuttgarter Amts für Umweltschutz zusammen.

## | Pestizide im Boden

Die Kooperation erfolgt im Rahmen des Projekts „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“. Mit dem Angebot unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global entwicklungspolitisch aktive Kommunen aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Kolleginnen und Kollegen aus Kolumbien wollen durch dieses Projekt die langjährigen deutschen Erfahrungen mit Untersuchungs- und Bewertungsverfahren für kontaminierte Standorte kennenlernen sowie geeignete Elemente bei einem Pilotvorhaben exemplarisch in die kolumbianische Realität übertragen.

Als Pilotstandort dient eine frühere Lager-, Abfüll- und Umschlagstation des deutschen Pharmaunternehmens Boehringer im Süden von Bogotá. Hier wurden bis in die 1980er Jahre Pestizide gelagert, in Kleingebinde abgefüllt und in den Handel gebracht. Boehringer

## „Wichtige Ermutigung für unsere Städte“

Tran Van Nhan und Katrin Anders über den „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ für die Partnerschaft zwischen ihrer vietnamesischen und deutschen Kommune



Foto: Jochen Rolfes

Hoi An hat gemeinsam mit der Stadt Wernigerode den „Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Kommunale Partnerschaften 2019“ erhalten. Was macht Ihre Arbeit so besonders?

**Katrin Anders:** Das Besondere an der Partnerschaft mit Hoi An ist, dass wir uns ganz intensiv mit vielfältigen Themen befassen. Als ich das erste Mal in Hoi An war, haben wir uns die Knackpunkte angesehen: die Küste, die zubetoniert werden musste, weil schon so viel Sand abgespült war, dass die am Strand liegenden Hotels gefährdet waren; Flächen, wo das Grundwasser langsam versalzt; und die Müllverbrennungsanlage. Hoi An ist eine sehr stark wachsende Stadt und auch die zunehmende Zahl an Touristen sorgt für Abfallmengen, die nur noch schwer handhabbar sind. Unsere Partner haben uns nach Ideen gefragt, deshalb haben

wir uns hier beispielsweise einen Recyclinghof angesehen. Man hat sich ganz anders kennengelernt, indem man sich nicht nur das Schöne gezeigt hat, wie es in unseren anderen Städtepartnerschaften der Fall ist.

**Tran Van Nhan:** Beide Städte eint das Ziel, sich zu noch lebenswerteren Orten weiterzuentwickeln. Wir haben ziemlich gute Erfolge erzielt, insbesondere durch die so gelungene Zusammenarbeit in den letzten sechs Jahren. Hoi An hat auch partnerschaftliche Beziehungen mit anderen Städten, aber alle fallen eher in die Kategorie Verwaltungsarbeit am Schreibtisch. Es sind diplomatische Beziehungen mit einigen wenigen Besuchen. Mit Wernigerode ist es ganz anders. Wir bleiben gut in Kontakt, tauschen uns über Ideen aus, holen uns für eigene Vorhaben die Meinung der anderen Seite ein und informieren uns gegenseitig, was in unseren Städten los ist. Wir besprechen, wie Werni-

gerode Hoi An helfen kann und umgekehrt. Kurz gesagt: Alles ist konkret und handfest.

gerode Hoi An helfen kann und umgekehrt. Kurz gesagt: Alles ist konkret und handfest.

Was bedeutet der Preis für Sie?

**Tran:** Die Auszeichnung ist eine Anerkennung unserer Bemühungen und eine sehr wichtige Ermutigung für unsere Städte. Sie sagt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Sie motiviert uns, dranzubleiben, um den Menschen, die in unseren Städten leben, die bestmögliche Zukunft zu ermöglichen.

**Anders:** Das lässt sich nicht einfach beantworten, weil die Städtepartnerschaft nicht von allen gern gesehen wird. Als sie gegründet wurde, hat der Stadtrat einstimmig zugestimmt. Aber es gibt durchaus kritische Stimmen, die sagen, „da wird zu viel Zeit aufgewendet“, „konzentriert euch auf die Probleme vor Ort“ oder „macht Städtepartnerschaften mit Städten in Deutschland oder den umliegenden europäischen Ländern, nicht mit Südostasien“. Überregional ist das ein ganz anderes Thema. Es gab ganz viele Gratulationen an die Stadt. Und viele, die uns gesagt haben, macht weiter so, das ist eine tolle Sache. Und die, die in Wernigerode in die Städtepartnerschaft miteingebunden sind, haben sich natürlich alle sehr gefreut.

Was haben Sie zusammen verwirklicht?

**Tran:** Wir haben einen gemeinsamen Aktionsplan entwickelt, mit Themen wie erneuerbare Energien, Stadtbegrünung, Tourismus, Umweltbildung und Abfallverwer-

## Deutscher Nachhaltigkeitspreis

Die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie in Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global 2018 erstmals Kommunen für ihre Partnerschaften mit Vorbildfunktion prämiert. Neben der Gewinner-Partnerschaft Wernigerode – Hoi An zählten die Partnerschaften Gutenberg – Schtschyrez (Ukraine), Leipzig – Travnik (Bosnien und Herzegowina), Solingen – Thiès (Senegal) zu den Top 3. Gesucht wurden aktive Kooperationen zwischen Kommunen in Deutschland und im Globalen Süden mit deutlicher Fokussierung auf ein oder mehrere SDGs. Die Preisverleihung fand am 7. Dezember 2018 in Düsseldorf statt.

<https://www.nachhaltigkeitspreis.de/wettbewerbe/kommunale-partnerschaften>

tung. Wir haben uns für ein Nakopa-Projekt beworben, bei dem wir die Altstadt in Hoi An – den Kernbereich unserer Weltkulturerbestadt – mit Solarstrom beleuchten. Das Ganze ist seit 2017 in Betrieb. Aktuell gibt es eine Absichtserklärung, junge Menschen aus Hoi An in Wernigerode in den Bereichen Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Altenpflege auszubilden.

**Anders:** Das bislang größte Projekt war die erwähnte Photovoltaik-Anlage auf dem

Dach der Tourismus-Organisation in Hoi An. Wir versuchen auch auf beiden Seiten viel Bewusstseinsbildung zum Thema Klimawandel und Klimaschutz zu machen. Grüne Infrastruktur ist beispielsweise ein Thema, das wir intensiv für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Die Baum-Partnerschaften aus Wernigerode wurden auf Hoi An übertragen. Schon 30 Bäume konnten dort durch Spendengelder aus Wernigerode gepflanzt werden. Im Kontext des nachhaltigen Tourismus werden in Hoi An alle Touristen dazu animiert, Fahrräder zu nutzen. Dazu gibt es auch Fahrrad-Tage für die Bevölkerung. Das ist etwas, was wir uns von Hoi An abschauen können.

Außerdem macht Hoi An viel zum Thema Elektromobilität: Dort wurden zum Transport von Touristen viele Elektromobile angeschafft. In Wernigerode fahren zu den touristischen Zielen teilweise noch dieselbetriebene Bimmelbahnen. Das ist in Wernigerode geografisch auch etwas schwieriger als in Hoi An, weil Wernigerode am Rande des Harzes liegt und sich unsere Sehenswürdigkeiten wie das Schloss auf dem Berg befinden. Da braucht ein voll beladenes Elektromobil etwas mehr Power als in Hoi An. Als weiteres Projekt haben wir gemeinsam einen Jute-Beutel entwickelt, der in Hoi An an einem Aktionstag zum Thema „Verzicht auf Plastiktüten“ verteilt wurde.

Plastikmüll ist in Deutschland auch ein großes Thema.

**Anders:** Das stimmt. Als wir mit unserer Klima-Partnerschaft begonnen haben, hieß es bei uns in der Stadtverwaltung, dass das für uns ja kein Thema sei. Die Abfallsorgung ist organisiert, bei uns liegt kaum Müll herum, wir trennen ordentlich. Dass aber von dem, was wir da trennen, nur ein geringer Teil recycelt wird und dass wir große Mengen Müll nach Asien verschiffen, war hier in der Stadt wenig im Bewusstsein. Das hat sich aber inzwischen verschoben – von „In Deutschland läuft das gut und in Hoi An muss noch viel getan werden“ zu „Eigentlich haben wir da auf beiden Seiten Defizite und müssen noch viel machen“.

Und dazu tauschen Sie sich aus?

**Anders:** Ja, das verbindet uns intensiv. In Hoi An eher mit Fokus auf die Organisation einer professionellen Abfallwirtschaft, in beiden Städten in Hinblick auf Verringerung des Verpackungsmülls. Unsere Partner haben sich hier den Recyclinghof angeschaut, die Müllverbrennungsanlage, die Fahrzeuge und genau nachgefragt, wie oft Abfall abgeholt wird und wie das alles technisch umgesetzt wird. In Hoi An haben sie dann mithilfe von Fördermitteln eine große Müllverbrennungsanlage errichtet. Auch mit dem Trennen und Recyclen von Kunststoff befassen sie sich dort. Ganz wichtig ist ihnen die Verringerung des Plastikmülls: Es gibt immer wieder Aktionstage und es wird zum Beispiel an touristisch stark besuchten Orten im Biosphären-Reservat überall darauf hingewiesen, bitte auf Plastik zu verzichten. Das wollen wir hier auch noch besser machen.

2013 haben Sie die erste offizielle deutsch-vietnamesische Städtepartnerschaft geschlossen. Wie schafft man es, in so kurzer Zeit derart viele Projekte auf die Beine zu stellen?

**Tran:** Beide Städte wollten wirklich die Inhalte der 2013 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung in die Praxis umsetzen. Für uns haben die gemeinsamen Projekte mit dieser Stadt und den netten Menschen dort weiter Priorität.



Foto: Lothar Andert

Gut gelaunt und schwindelfrei: Zwei Ingenieure aus Hoi An und Wernigerode installieren eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Tourismusorganisation in Hoi An.

Küstenerosion ist eines der großen Probleme in Hoi An. Die Delegation aus Wernigerode interessiert sich dafür, wie Schutzdämme aufgeschüttet werden.

**Anders:** Man braucht vor allem Menschen, die für das Thema brennen. Es funktioniert nicht nur, indem der Oberbürgermeister sagt: „Wir machen das jetzt!“. Ganz wichtig ist unser „Wernigeröder Interkulturelles Netzwerk“, allen voran Huong Trute. Sie stammt aus Vietnams Hauptstadt Hanoi, lebt seit 40 Jahren in Deutschland und betreibt in Wernigerode ein sehr geschätztes Restaurant. Sie ist eine ganz zentrale Figur, weil sie die Partnerschaft mit wahnsinnig viel Engagement, Kraft und Enthusiasmus auf allen Ebenen voranbringt. Dazu war sie bei den Treffen immer sehr wichtig, als Dolmetscherin und Kulturvermittlerin. Dann gibt es die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit vielen Beteiligungs- und Fördermöglichkeiten und die Offenheit unserer Verwaltung.

Zukünftig müssen wir schauen, wie wir das personell hinbekommen, weil meine Stelle im Sommer ausläuft. Gerade deshalb ist es gut, dass es eben nicht nur die Stadtverwaltung ist, die diese Partnerschaft mit Leben füllt, sondern dass sie sich auf viele Schultern verteilt.

Anpassung an den Klimawandel ist einer Ihrer Schwerpunkte. Sehen Sie sich nicht recht unterschiedlichen Problemen gegenüber?

**Tran:** Ja. Zumindest die Küstenerosion, die Versalzung des Grundwassers, stärker werdende Taifune, schwerere und längere Dürreperioden und spät einsetzende Regenzeiten betreffen nur Hoi An. Wir müssen jedes Jahr viele Bäume pflanzen, wir brauchen eine Menge Geld für Dämme an Küste und Flüssen. In Wernigerode gab es in 2017 aber auch Überschwemmungen und in den Sommern 2013 und 2018 große Hitze. Es ist klar, dass der Klimawandel all das verursacht und wir dem begegnen müssen.

**Anders:** Im Vergleich zu Hoi An trifft uns der Klimawandel natürlich nicht so heftig. Wenn dort Taifun und Monsun zusammen kommen, dann steht die Innenstadt – im November 2017 war das zum letzten Mal der Fall – fast drei Meter unter Wasser. Da sind die Gebäude schon so eingerichtet, dass alles, was kein Wasser verträgt, im ersten



Foto: Katrin Anders

Stock gelagert wird. Zum Beispiel mussten wir die komplette Technik für die Photovoltaik-Anlage im ersten Stock unterbringen. In Wernigerode hat sich das Bewusstsein für den Klimawandel verändert, vor allem auch durch die Partnerschaft. Der findet jetzt eben nicht mehr nur weit weg in Südostasien statt, wo sich die Folgen besonders stark bemerkbar machen, sondern betrifft unsere Kollegen, unsere Freunde in Hoi An.

Haben Sie schon Pläne für das Preisgeld?

**Anders:** Damit wollen wir zwei weitere Photovoltaik-Anlagen errichten, eine in Hoi An und eine hier. Wir haben 30.000 Euro pro Stadt erhalten. Wir müssen jetzt schauen, ob es für die beiden Anlagen reicht. Sonst müssen wir noch andere Finanzierungsmöglichkeiten finden.

Gibt es bei all dem Lob der Jury auch etwas, das Sie noch verbessern möchten?

**Tran:** Wir möchten die Verständigung und den kulturellen Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern weiter ausbauen und wünschen uns eine noch tiefgreifendere und effektivere Zusammenarbeit unserer Städte in verschiedensten Bereichen.

**Anders:** Das Thema ökologischer Fußabdruck ist natürlich eines, das uns bei dieser Partnerschaft immer begleiten wird. Es gab

von einem Bürger die Kritik: Jetzt hat man da eine Photovoltaik-Anlage etabliert, aber dafür ist man zweimal hingereist. Doch es geht ja nicht nur um die eine Anlage, sondern Solarenergie kann durch das Projekt dort nun mehr Fuß fassen. Das Thema steckt in Vietnam noch in den Kinderschuhen. Das Unternehmen, das dort die Photovoltaik-Anlage installiert hat, wurde von einem Solarteur aus Wernigerode beraten. In Zukunft ist das nicht mehr notwendig, weil die Erfahrung nun vor Ort existiert. Vor allem dieser Know-how-Transfer ist wichtig. Und der Nachhaltigkeitspreis ist natürlich eine Supersache: Es bleibt nicht bei der einen Anlage. Was die Kompensation des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch Flüge angeht, müssen wir uns aber schon noch mehr Gedanken machen. Sollten wir neue Fördermittel für unsere Partnerschaft beantragen, dürfen wir diesen Punkt nicht vergessen. Wenn wir Photovoltaik-Anlagen errichten oder Bäume pflanzen, ist das zwar schon eine Art der Kompensation, aber wir wollen das noch strategischer mit in unsere Planungen aufnehmen. | |

Das Interview führte  
Christine Rohrer, freie Redakteurin.

Auch 2019 können sich Kommunen wieder um den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2020 bewerben. Informationen dazu werden rechtzeitig auf der Homepage der SKEW bekannt gegeben.

# Engagement möglich machen

## Fachliche und finanzielle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik

Ihre Kommune hat Interesse an einer internationalen Kommunalbeziehung? Doch wie und womit beginnen? Hier kann Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global bei den ersten und auch den nachfolgenden Schritten hin zu einer erfolgreichen kommunalen Partnerschaft begleiten. Mit folgenden Angeboten kann Partnerschaftsarbeit zu kommunalen Nachhaltigkeitsthemen gefördert werden:

### | Agenda 2030 – kommunaler Fachaustausch mit afrikanischen Partnern

Die Umsetzung der in der Agenda 2030 formulierten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele gilt als Gemeinschaftsaufgabe. Alle Kommunen im Globalen Norden und Süden sind gleichermaßen angesprochen. Das Projekt berät Kommunen, wie sie die Agenda 2030 vor Ort verankern und umsetzen können, und bietet unterschiedliche Vernetzungsmöglichkeiten. So kann bereits bestehende Partnerschaftsarbeit durch Erfahrungs- und Wissensaustausch befördert werden. Angesprochen werden deutsche Kommunen, die bereits kommunale Partnerschaften mit afrikanischen Kommunen pflegen und/oder sich in der Umsetzung der Agenda 2030 engagieren. Des Weiteren wird der Aufbau neuer Kontakte und Partnerschaften unterstützt.

<https://skew.engagement-global.de/agenda-2030-kommunaler-fachaustausch-mit-afrika.html>

### | Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften

Um die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu verwirklichen, sind lokale Ansätze erforderlich. In Partnerschaften können sich die Kommunen gegenseitig bei der Umsetzung der SDGs unterstützen und ihre Erfahrungen und Lösungsansätze teilen. In einer kommunalen Nachhaltigkeitspartnerschaft arbeiten zwei Städte, Gemeinden oder Kreise gemeinsam regelmäßig, praxisbezo-

gen und strukturiert zu Themen der Agenda 2030.

<https://skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften.html>

### | SDG-Partnerschaftskonferenzen

Eine SDG-Partnerschaftskonferenz soll Kommunen aus dem Globalen Norden und dem Globalen Süden miteinander vernetzen. Ziel ist es, einen partnerschaftlicher Dialog und Fachaustausch zur Agenda 2030 und den globalen Nachhaltigkeitszielen zu etablieren. Die zweitägige Konferenz sollte dabei allen beteiligten Kommunen die Möglichkeit eröffnen, ihre Erfahrungen, Erfolge und ungelösten Fragen im Zusammenhang der Agenda 2030 einzubringen. Im Rahmen der SDG-Partnerschaftskonferenz sollen die beteiligten Kommunen gemeinsame Projektideen entwickeln, um die Agenda 2030 bekanntzumachen und sie anschließend im Rahmen der Partnerschaftsarbeit gemeinsam umzusetzen. Bis Ende August 2019 können sich Kommunen für die Ausrichtung einer SDG-Partnerschaftskonferenz im Jahr 2020 bewerben.

<https://skew.engagement-global.de/sdg-partnerschaftskonferenz.html>

### | Kommunale Klimapartnerschaften

Der Grundgedanke des Projekts ist es, die fachliche Zusammenarbeit deutscher Städte mit Kommunen im Globalen Süden in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung zu stärken. Die Themen sollen dabei systematisch in die bestehende kommunale Partnerschaftsarbeit integriert werden. Dazu erarbeiten die kommunalen Partnerschaften gemeinsame Handlungsprogramme mit Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen. Das Projekt von SKEW in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) gibt es seit 2011.

<https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>

### | Regionalkonferenzen zu kommunalen Partnerschaften

Die bundesweiten Regionalkonferenzen richten sich an Akteure aus deutschen Kommunen und der Zivilgesellschaft sowie an die jeweiligen Partnerkommunen aus dem Globalen Süden. Sie dienen dem internationalen Austausch zu allen Themen der kommunalen Entwicklungspolitik. Voneinander zu lernen steht dabei im Vordergrund. Die vierte Regionalkonferenz zu Kommunalen Partnerschaften mit Afrika findet in diesem



Quelle: Engagement Global

Jahr vom 9. bis zum 11. September 2019 in Hannover statt, kommunale Partnerschaften können sich dort einbringen.  
<https://skew.engagement-global.de/runde-tische-und-regionalkonferenzen.html>

### | Länderbezogene Angebote

Die SKEW bietet auch zahlreiche Unterstützungsangebote für länderbezogene Partnerschaften. Unter anderem zählen dazu die Projekte „Partnerschaften mit Kommunen in den palästinensischen Gebieten“, die „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“, „Wissenstransfer Maghreb – Deutschland“, „Partnerschaften mit Kommunen in der Ukraine“ sowie der „Kommunale Verwaltungsaustausch Rheinland-Pfalz – Ruanda.“ Nähere Informationen dazu finden Sie unter:  
<https://skew.engagement-global.de/laender-und-regionenbezogene-partnerschaften.html>

### | Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)

Kommunen und kommunale Spitzenverbände können mit Nakopa eine Bezuschussung ihrer Partnerschaftsprojekte beantragen. Inhaltlich muss sich das Projekt klar auf den entwicklungspolitischen Wirkungskreis der Kommunen beziehen. Die Höhe der Zuschüsse ist abhängig von Art und Umfang des Vorhabens und beträgt in der Regel zwischen 20.000 und 250.000 Euro. Die Gelder sind prioritär im Partnerland einzusetzen. Der kommunale Eigenanteil beläuft sich auf mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben. Die Laufzeit der Projekte darf insgesamt drei Jahre nicht überschreiten.  
<https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>

### | Kleinprojektfonds Kommunale Entwicklungspolitik

Ziel des Fonds ist es, interessierten Kommunen, Kommunalverbänden und kommunalen Unternehmen Hilfen zum Einstieg in neue Maßnahmen und Partnerschaften der Entwicklungspolitik, beispielsweise Anbahnungsreisen, zu geben. Bezuschusst werden Vorhaben zu Bildungsarbeit, Strategieentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung. Die Höhe des Zuschusses durch den „Kleinprojektfonds Kommunale Entwicklungspolitik“ beträgt pro Projekt mindestens 1000 und maximal 50.000 Euro. Der kommunale Eigenanteil beläuft sich dabei auf mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben. Die maximale Laufzeit beträgt zwölf Monate im laufenden Haushaltsjahr. Die Maßnahmen müssen in diesem Zeitraum umgesetzt werden.  
<https://skew.engagement-global.de/kleinprojektfonds.html>

# WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

## Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

## Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter [www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org) oder  
 Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 7-2019 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Christine Rohrer (freie Redakteurin); Teresa Fellingner (SKEW); Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.:  
Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW,  
Engagement Global gGmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“  
Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:  
info@service-eine-welt.de



## Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · [www.kommunal-global-engagiert.de](http://www.kommunal-global-engagiert.de)